

Retter, Hein

Der Reformpädagoge Peter Petersen (1884 - 1952). Zur Durchsetzung seiner Schul- und Lehrerbildungskonzeption in den zwanziger und dreißiger Jahren

Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 2, S. 205-223



Quellenangabe/ Reference:

Retter, Hein: Der Reformpädagoge Peter Petersen (1884 - 1952). Zur Durchsetzung seiner Schul- und Lehrerbildungskonzeption in den zwanziger und dreißiger Jahren - In: Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 2, S. 205-223 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-104504 - DOI: 10.25656/01:10450

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-104504>

<https://doi.org/10.25656/01:10450>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 41 – Heft 2 – März/April 1995

Essays

- 155 HANS SCHEUERL
„Was ist ein pädagogischer Klassiker?“
- 161 ULRICH HERRMANN
Pädagogische Klassiker und Klassiker der Pädagogik

Thema: Historische Bildungsforschung

- 169 ANNETTE STROSS
„Gesundheitserziehung“ zwischen Pädagogik und Medizin.
Themenkonjunkturen und Professionalisierungsprobleme in Deutschland 1770–1930
- 185 HEINZ STÜBIG
Die Rezeption der preußischen Reformen durch Erich Weniger
- 205 HEIN RETTER
Der Reformpädagoge Peter Petersen (1884–1952). Zur Durchsetzung seiner Schul- und Lehrerbildungskonzeption in den zwanziger und dreißiger Jahren
- 225 KARL-HEINZ FÜSSL
Erziehung im Umbruch. Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Diskussion

- 247 ULRICH BLEIDICK/WALDTRAUT RATH/KARL DIETER SCHUCK
Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland

265 BETHINA GRESZIK/FRANK HERING/HARALD A. EULER
Gewalt in den Schulen. Ergebnisse einer Befragung in Kassel

285 THOMAS KLEIN
Die geschwisterlose Generation: Mythos oder Realität?

Besprechungen

303 KLAUS PRANGE
Dieter Lenzen (Hrsg.): Erziehungswissenschaft. Ein Grundkurs

306 JÖRG RUHLOFF
Frieda Heyting/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Pädagogik und Pluralismus. Deutsche und niederländische Erfahrungen im Umgang mit Pluralität in Erziehung und Erziehungswissenschaft

312 HANS-ULRICH GRUNDER
Tobias Rülcker/Peter Kassner (Hrsg.): Peter Petersen: Antimoderne als Fortschritt? Erziehungswissenschaftliche Theorie und pädagogische Praxis vor den Herausforderungen der Zeit

Hein Retter (Hrsg.): Jenaplan-Pädagogik als Chance. Kindgerechte Schulpraxis im Zeichen europäischer Verständigung

317 PETER DUDEK
Siegfried Bernfeld: Sämtliche Werke. Bd. 2: Jugendbewegung und Jugendforschung. Schriften 1909–1930

Dokumentation

323 Pädagogische Neuerscheinungen

Contents

Essays

- 155 HANS SCHEUERL
“What Is a Pedagogical Classics?”
- 161 ULRICH HERRMANN
Pedagogical Classics and Classics of Pedagogy

Topic: Historical Educational Research

- 169 ANNETTE STROSS
„Health Education“ Between Pedagogics and Medicine – Trends in
topics and problems of professionalization in Germany, 1770–1930
- 185 HEINZ STÜBIG
Erich Weniger’s Reading of the Prussian Reform Movement
- 205 HEIN RETTER
The Reformer Peter Petersen (1884–1952) – The failure of his
conceptions of school instruction and teacher education in the 1920s
and 30s
- 225 KARL-HEINZ FÜSSL
Education in Transition – Educational policy and the American youth
program in post-war Germany

Discussion

- 247 ULRICH BLEIDICK/WALDTRAUT RATH/KARL DIETER SCHUCK
The Recommendations of the Conference of the Ministers of Educa-
tion Concerning the Promotion of Handicapped Students in German
Schools
- 265 BETHINA GRESZIK/FRANK HERING/HARALD A. EULER
Violence In Schools: Results of an inquiry carried out in Kassel
- 285 THOMAS KLEIN
A Generation Without Siblings: Myth or Reality?

Reviews

303

Documentation

- 323 Recent Pedagogical Publications

HEIN RETTER

Der Reformpädagoge Peter Petersen (1884–1952)

*Zur Durchsetzung seiner Schul- und Lehrbildungskonzeption
in den zwanziger und dreißiger Jahren*

Zusammenfassung

Der Beitrag stellt dar, wie PETER PETERSEN, der Begründer der Jenaplan-Pädagogik, nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft der Universität Jena (1923) vergeblich versucht, zwei grundlegende, der (sozial-)demokratischen Reformtradition entstammende Bildungsforderungen, die Gesamtschule und die vollakademische Lehrerbildung, auf seine Weise zu realisieren. Entgegen der von Kritikern verbreiteten Meinung, PETERSEN habe mit seinem Jenaplan-Konzept nach 1933 Gewinne für die Pädagogik verbucht, werden Indizien für das Scheitern der Jenaplan-Schule im NS-Staat untersucht. Schließlich wird der Vorschlag zur Diskussion gestellt, von der moralischen Inszenierung gegenwärtiger NS-Bewältigungspraktiken, die einen Großteil der kritischen PETERSEN-Rezeption prägt, abzugehen zugunsten von Herangehensweisen, die unverstelltere Blickweisen erlauben.

1. Einleitung

Die neuere PETERSEN-Diskussion innerhalb der deutschen Erziehungswissenschaft, die seit 10 Jahren anhält, umfaßt ein breites Spektrum von Fragen. Sie bezieht sich dort, wo die Diskussion in handfeste Kritik umschlug, auf PETERSENS Publizistik vor und nach der Zeit des Nationalsozialismus (BENNER/KEMPER 1991; OELKERS 1992; RÜLCKER 1992). Eine vollständige Rekonstruktion des Denkens, Handelns und Wirkens PETERSENS bleibt nach wie vor Desiderat (OFFENBACH 1990), wenn auch die Bemühungen erkennbar zugenommen haben, Bausteine einer solchen Gesamtinterpretation aus vielerlei Quellen, vermehrt auch archivalischen, zu gewinnen.

Es bestehen gute Gründe dafür, in PETERSEN einen Vertreter „antimoderner“ Pädagogik zu sehen (RÜLCKER/KASSNER 1992). Dem widerspricht nicht, daß PETERSENS Reformbemühungen in der Zeit der Weimarer Republik demokratischen Traditionen entstammten. Die polemische Äußerung, PETERSENS Schulkonzeption, der Jenaplan, könne in *jeder* Gesellschaftsform erfolgreich existieren (KEIM 1991, S. 37), hält historischen Fakten nicht stand, denn gerade in jenen beiden antidemokratischen Zeitabschnitten der jüngeren deutschen Geschichte, im „Dritten Reich“ und im SED-Staat, stand der Jenaplan (nach einer kurzen Zeit der Akzeptanz) auf dem politischen Abstellgleis. Die Schließung der Jenaer Universitätsschule 1950 im SED-Staat hatte im NS-Staat 1936 eine Parallele im Verbot der weiteren Verbreitung des Jenaplan-Konzeptes. Das Scheitern des Jenaplans in beiden deutschen Diktaturen dürfte sowohl mit seiner demokratischen Herkunft als auch mit seinen antimodernen Tendenzen in Zusammenhang stehen, die der NS-Staat als Relikt der „Systemzeit“, der

SED-Staat als Überbleibsel der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einstuft. Jedenfalls erschien diese reformpädagogische Schulkonzeption weder im SED- noch im NS-Staat den politischen Verantwortlichen vertrauenerweckend – gleichgültig welche ideologischen Angebote PETERSEN machte, um dem Jenaplan unter den Bedingungen des Totalitarismus die Weiterexistenz zu ermöglichen.

2. Die Anfänge der Jenaer Universitätsschule unter Petersen

So hoch der internationale Bekanntheitsgrad PETERSENS als Reformpädagoge war (RÖHRS 1993, S. 11 ff.), nahm er als WUNDT-Schüler in der deutschen Erziehungswissenschaft der zwanziger Jahre keineswegs eine führende Position ein – die hatte bekanntlich SPRANGER inne. PETERSEN spielte dagegen eher eine Sonderrolle in der deutschen Universitätspädagogik. Wenn er heute als „der wohl produktivste pädagogische Reformers der Weimarer Zeit“ eingeschätzt wird (BECKER/KLUCHERT 1993, S. 271), so steht dem das Faktum der völligen Isolation innerhalb seines engeren Wirkungskreises gegenüber: In Jena und in Thüringen war PETERSEN mit seinen pädagogischen Vorstellungen von Anfang an allein in einem erbittert geführten Kampf gegen die Vertreter der ortsansässigen herbartianischen Pädagogik.

Der Konflikt entzündete sich an zwei Reformfragen, die in engem Zusammenhang standen: Gestalt der neuen Schule und Struktur der neuen Lehrerbildung. Die Sonderrolle PETERSENS innerhalb der deutschen Pädagogik besteht nicht zuletzt darin, daß er, Schulreformer und Universitätslehrer, diese beiden grundlegenden, der demokratischen Schultradition entstammenden Reformideen – den Gesamtschulgedanken und die vollakademische Lehrerbildung an der Universität – über alle von ihm durchlebten Zeiten hinweg hartnäckig verfolgte – und scheiterte. PETERSEN trat erstmals 1919 mit dem Vorschlag einer Neukonzeption des allgemeinbildenden Schulwesens an die Öffentlichkeit, dem seine Erfahrungen in der Hamburger Schulreformbewegung zugrunde lagen. Obwohl PETERSENS Konzept dem Einheitsschulgedanken entsprach, vermied er bewußt diesen Begriff und setzte an seine Stelle die „allgemeine deutsche Volksschule, die alle Schularten vom Kindergarten bis zur Hochschule umspannt“ (PETERSEN 1919, S. 29).

PETERSENS Schulkonzeption von 1919 entspricht in etwa heutigen Gesamtschulvorstellungen: mit einer sechsjährigen Grundschule als Unterbau, beginnender Fachleistungsdifferenzierung ab Klasse 5 (Einführung der ersten Fremdsprache) und einer weiteren Aufgliederung der Begabten nach Klasse 6 in verschiedene Schulzweige, wobei das Prinzip der Durchlässigkeit gewährleistet sein sollte.

G. BÄUMER, zu diesem Zeitpunkt noch Hamburger Oberlehrerin und wie PETERSEN im Vorstand des Deutschen Bundes für Erziehung und Unterricht, schrieb am 28. Oktober 1919 in der „Neuen Hamburger Zeitung“ den Beitrag „Der Aufbau der nationalen Schule“, in dem sie die demokratische Reformposition sowohl von der konservativen als auch von der sozialistischen Position abgrenzte (MILBERG 1970, S. 178). Diese „mittlere“ Linie demokratischer Schulreform verfolgte auch PETERSEN. Im Ausschuß „Schulaufbau“ der Reichs-

schulkonferenz 1920 setzte sich PETERSEN, inzwischen Schulleiter der einzigen Hamburger Reformoberschule (Lichtwark-Schule), auf der Seite der Entschiedenen Schulreformer für die Abschaffung noch bestehender Standesschulen ein. Der Antrag KERSCHENSTEINER/PETERSEN, in der Grundschule sollten statt Klassen auch freiere Gemeinschaften möglich sein, der bei den Ausschußmitgliedern breite Zustimmung erhielt, entsprach der Forderung OESTREICHs, mit dem Klassensystem zu brechen. In deutlicher Distanz zur fortschrittlichen Position im Ausschuß bezüglich des Aufbaus des Schulsystems stand die konservative Auffassung W. REINS (1847–1929), des letzten bedeutenden Herbartianers. PETERSEN war sich der Differenz zu REIN bereits 1919 bewußt, als er optimistisch meinte, daß sich die Forderung, die Lehrer künftig an der Universität auszubilden, „ohne Schwierigkeiten durchsetzen lassen wird“ (PETERSEN 1919, S. 40), und dabei die ablehnende Haltung von REIN zitierte. REIN (1919, S. 107) hatte die Frage, ob die Universität die Ausbildung der Volksschullehrer übernehmen solle, „mit einem runden Nein“ beantwortet, wobei er im Sinne des konservativ-bürgerlichen Ständedenkens auf die unterschiedlichen Bildungsbedürfnisse der oberen und der unteren Volksschichten verwies und dem „Volksbildner“ die Befriedigung praktischer Bildungsbedürfnisse unterstellte; diese würde eine vornehmlich praktisch orientierte Ausbildung erfordern, die die Universität nicht leisten könne. Nachdem PETERSEN als Nachfolger REINS zum 1. August 1923 auf den Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft der Thüringischen Landesuniversität berufen wurde, war der Konflikt mit REIN gleichsam vorprogrammiert. In seiner Antrittsvorlesung am 3. November 1923 machte PETERSEN deutlich, daß er – unter voller Würdigung der Verdienste HERBARTs und seiner geistigen Nachfahren, insbesondere auch WILHELM REINS – eine völlig andere Vorstellung von Schule habe, als sie durch die Herbartianer bislang verfolgt worden sei: Es könne nicht mehr darum gehen, sittliche Bildung nur auf dem Wege der Stoffvermittlung betreiben zu wollen, die Schule müsse sich vielmehr zu einer echten Erziehungsstätte wandeln, „welche die kindliche Freiheit gewährleistet als wichtigste Bedingung zum Gedeihen“ (PETERSEN 1925, S. 37). Am 26. November 1923 beantragte PETERSEN beim Ministerium die Auflösung der noch bestehenden REINSchen Übungsschule (HStW: C 356). REIN, der als Emeritus weiterhin Vorlesungen hielt und über Einfluß verfügte, versuchte das zu verhindern. Er gewann Dekan JUDEICH für ein Protestschreiben (vom 12. Dezember) an den Rektor, PETERSEN habe die Fakultät über seinen Antrag nicht informiert, die Übungsschule sei jedoch integrierter Bestandteil der Universität. PETERSEN machte daraufhin die von ihm schon für Ende 1923 vorgesehene Auflösung einer Übungsschulklasse wieder rückgängig und versicherte sich für seine weiteren Pläne des Rückhalts bei seinen Fakultätskollegen.

Insbesondere mit GEORG WEISS, der den Lehrstuhl nach REINS Emeritierung (31. März 1923) bis zur Neubesetzung verwaltet hatte, kam PETERSEN bald in Konflikt. WEISS, ein Jahr jünger als PETERSEN, war seit 1914 mit kriegsbedingten Unterbrechungen Assistent bei REIN, gleichzeitig Lehrer an dessen Übungsschule; zwischenzeitlich (1918–1920) arbeitete er auch als Referent im Weimarer Kultusministerium. 1919 hatte WEISS REINS Tochter geheiratet (HStW: Pers.akte WEISS). Mit Verfügung vom 10. Dezember 1923 bekam PETERSEN vom Ministerium die offizielle Leitung des Universitätsseminars und

der Übungsschule (bestehend aus drei Klassen) übertragen, womit ihm auch die drei dort tätigen Lehrkräfte unterstellt wurden. Nach vorherigen Unterredungen teilte PETERSEN mit Schreiben vom 24. März 1924 WEISS offiziell mit, daß er ihm zum 1. April kündige, da er die Stelle anderweitig besetzen wolle. Zur finanziellen Absicherung schlug PETERSEN die Übernahme eines Lehrauftrages (für „systematisch-historische Pädagogik unter besonderer Berücksichtigung HERBARTS und seiner Schule“) an der Universität vor, den WEISS dann auch zum Sommersemester 1924 erstmals wahrnahm; später wird WEISS, der seit 1921 den Titel eines nichtplanmäßigen a. o. Professors führte, Oberstudienrat am Jenaer Pädagogischen Institut, bald darauf dessen Leiter.

Weil die drei Übungsklassen in einem Gebäude in der Grietgasse untergebracht waren, in dem PETERSEN weitere Räume für sein Universitätsseminar – wenig später die Erziehungswissenschaftliche Anstalt – benötigte, plante er, die Schüler der REINSCHEN Übungsschule einer anderen Schule zuzuweisen. Nach Verhandlungen mit dem Schulamt erwog PETERSEN zunächst, die Talschule in Jena-Ziegenhain, eine größere Bezirksschule, als Ausbildungsschule einzurichten. Diese Absicht teilte er am 25. Februar 1924 dem Volksbildungsministerium mit. Drei Tage später richtete REIN an die gleiche Adresse ein Protestschreiben, in dem er die Existenzsicherung „seiner“ Schule durch Neuaufnahme von Schulanfängern zu Ostern 1924 forderte. REIN aktivierte außerdem den Vorstand des Thüringischen Lehrervereins, der am 18. März an Staatsminister LEUTHEUSSER einen geharnischten Protest gegen PETERSENS Absicht der Auflösung der Übungsschule richtete; die Standesorganisation warnte vor dem Vorhaben einer schulischen Neugründung im PETERSENSCHEN Sinne, da in dieser Schule „nach den neuen Arbeitsmethoden der extremsten Reformschule“ unterrichtet werde. Der Vorstand empfahl, PETERSEN möge, wenn er denn meinte, die Weiterführung der bestehenden Übungsschule für die praktische Lehrerausbildung nicht wissenschaftlich verantworten zu können, dies einem anderen überlassen; dann bliebe es ihm auch unbenommen, sich seiner „Gemeinschaftsschule“ als bloßem Forschungsprojekt zu widmen. Damit war nicht nur der erste Anstoß gegeben, PETERSENS Befähigung zur praktischen Ausbildung der Lehrer in Mißkredit zu bringen, sondern auch eine Entwicklung markiert, die wenige Jahre später tatsächlich eintrat.

Die Auflösung der alten Übungsschule setzte PETERSEN zum 1. April 1924 durch; da er kaum Lehrer in der Talschule fand, die seinen pädagogischen Vorstellungen folgen wollten, richtete er beim Universitätsseminar in der Grietgasse 17a einen Klassenraum ein, in dem 21 Kinder der Jahrgänge 1 bis 4 von seinem Assistenten H. WOLFF gemeinsam unterrichtet wurden (PETERSEN/WOLFF 1925, S. 4). Die jahrgangsübergreifende Gruppierung im „Geburtsjahr“ der PETERSENSCHEN Universitätsschule ist eine durch geringe Schülerzahl und die ungünstige Raumsituation vorgegebene Notlösung, die PETERSEN unter Bezug auf FRIEDRICH WILHELM DÖRPFELDS Erfahrungen (DÖRPFELD 1898) allerdings sogleich zum Grundprinzip seiner Pädagogik machte (PETERSEN/WOLFF 1925, S. 19). PETERSENS Gegner blieben keineswegs untätig: Die Eltern der von der Auflösung der REINSCHEN Übungsklassen betroffenen Schüler gingen in die Öffentlichkeit, waren „empört ... über die Behandlung, die uns, bezüglich unseren Kindern durch den neuen Leiter der Schule widerfuhr“. Sie verlangten Aufklärung, „wieso es möglich war, diese Schule ohne Geneh-

migung des Landtages aufzulösen“ (Die Dorfzeitung Nr. 95, 1924). Die Angelegenheit ging tatsächlich bis in den Thüringischen Landtag (SCHOLZ 1927). Die Fraktion des Völkisch-sozialen Blocks, die auf den Fortbestand der Übungsschule „größten Wert“ legte, verlangte am 15. April 1924 mittels einer „kleinen Anfrage“ Auskunft, ob die Regierung „bereit sei, sich für die Erhaltung der Schule einzusetzen und mit der Leitung einen anderen geeigneten Lehrer zu betreuen, falls Prof. PETERSEN dazu nicht bereit oder in der Lage sei“ (HStW: C 356, Bl. 42).

Auch der Thüringer Lehrerverein ließ nicht locker und schickte am 13. April 1924 einen weiteren Beschwerdebrief an das Ministerium: Der von PETERSEN beabsichtigte Schultyp wolle „ein neues Gesellschaftsideal, das, aus proletarischen Lebensverhältnissen erwachsen, im proletarischen Gedankenkreise Eingang gefunden hat und die Familie als dem Untergange verfallen und unzureichend für die Erziehung ansieht, sie nicht nur (wie die jetzige Schule) ergänzen, sondern ersetzen will“. Daran wurde die Sorge geknüpft, von PETERSEN sei beabsichtigt, eine Lebensgemeinschaftsschule „nach Hamburger Muster“ zu schaffen, die zwar als Forschungsschule ihren Wert haben möge, für die Ausbildung Thüringer Lehrerstudienten aber nicht geeignet sei, weshalb es notwendig erscheine, „daß die Schaffung geeigneter Möglichkeiten für die praktische Ausbildung der Lehrer in einer Weise verwirklicht wird, die der Größe der Aufgabe entspricht“ (HStW: C 356, Bl. 66–68).

Am 28. April 1924 verfaßte der Verein der Freunde wissenschaftlicher Pädagogik in Thüringen und Franken (Vorsitzender: W. REIN) anlässlich seiner 33. Hauptversammlung eine Eingabe an das Ministerium, in der nochmals Protest gegen die Schließung der REINSchen Übungsklassen eingelegt wurde. Die Beschwerde erreichte nach einiger Zeit den Gesetzgebungsausschuß des Landtages, der am 8. Januar 1926 darüber beriet; die konservativen Ausschußmitglieder hatten die Beratung durchgesetzt, obwohl die Vertreter der SPD und der KPD den Übergang zur Tagesordnung verlangten. Die konservative Ausschußmehrheit setzte schließlich auch durch, daß der Protest des Vereins der Freunde wissenschaftlicher Pädagogik der Regierung als Material zugestellt wurde. Dabei wurde von Ausschußmitgliedern der Verdacht geäußert, daß die Universitätsschule unter PETERSEN eine Standesschule sei, was der weiteren Aufklärung bedürfe (HStW: C 356, Bl. 107). Am 17. Januar 1926 kam PETERSEN der Anfrage aus Weimar nach mit der Zusendung einer Liste, die die elterlichen Berufe der Kinder seiner Schule wiedergab und aus der klar hervorging, daß hier alle sozialen Schichten vertreten waren: neben dem Bürgertum auch sehr reichlich die Arbeiterschaft, insbesondere die der Zeiss- und Schottwerke. Daß die „Arbeits- und Lebensgemeinschaftsschule“, die PETERSEN schuf, durchaus auch am Arbeiterstand orientiert war, bezeugen die Titel jener Bücher, die er Eltern als pädagogische Lektüre empfahl, um in Schule und Elternhaus von gemeinsamen Erziehungsgrundsätzen ausgehen zu können (PETERSEN/WOLFF 1925, S. 52f.): Da findet man unter anderem „Die pädagogische Revolution“ des religiösen Sozialisten L. RAGAZ und die bekannte Schrift des Marxisten O. RÜHLE, „Umgang mit Kindern“. PETERSEN schaffte sich eine für die Durchsetzung der eigenen schulischen Ziele notwendige Hilfstuppe durch Gründung eines Elternvereins. Der „Freundeskreis der Universitätsschule“ wurde am 8. März 1926 ins Leben gerufen und führte seine erste

Vollversammlung am 30. März mit über 300 interessierten Eltern durch (UAJ: S 312). Das pädagogisch Neue, das PETERSEN nach Jena brachte und erfolgreich in die Praxis umsetzte, hatte innerhalb von zwei Schuljahren in breiten Schichten der Elternschaft Zutrauen und Interesse gefunden.

Der Universitätsschule verbunden waren auch A. REICHWEIN, von 1925 bis 1929 Leiter der Volkshochschule Jena, und P. GEHEEB, Leiter der Odenwaldschule. Der Jahresbericht der Obergruppe weist für Februar 1927 aus: „Brief Dr. REICHWEINS über Alaska“; nach der Rückkehr REICHWEINS von seiner Weltreise berichtete er den Kindern der Mittelgruppe im Februar 1928 über „Erlebnisse in Amerika“. GEHEEB erzählte im Mai 1930 der Mittelgruppe und im Juli 1930 der Obergruppe von der Odenwaldschule (PETERSEN 1934 a, Anhang). Die Universitätsschule hatte bereits Ostern 1926 mit über 300 Anmeldungen eine Nachfrage, die die räumlichen Möglichkeiten (drei Klassenräume) weit überschritt (PETERSEN 1930, S. 4). Der Freundeskreis stellte in den folgenden drei Jahren mehrfach – allerdings vergeblich – Anträge beim Ministerium auf Einrichtung einer weiteren Schule, die in Jena nach dem Konzept PETERSENS arbeiten sollte. Aber die Regierung sperrte sich, zunächst (1926) mit dem Argument, die von den Eltern beantragten Lehrerstellen nicht zur Verfügung stellen zu können, später (1929) dann auch mit der bezeichnenden Begründung, „daß die von PETERSEN eingerichtete Versuchsschule sich keineswegs bewährt habe“ (Jenaer Volksblatt vom 14. Februar 1929). Aus der geschilderten Sachlage wird erklärlich, daß es Anfang der dreißiger Jahre Jenaplan-Schulen in den preußischen Provinzen Brandenburg und Westfalen geben konnte, aber nicht in Jena, nicht in ganz Thüringen, wobei der Landesregierung wie der thüringischen Pädagogenschaft gewiß bekannt war, daß PETERSENS Universitätsschule einen stetigen Strom von Besuchern aus nah und fern, selbst aus Japan und den USA, anlockte.

3. Schule und Volksgemeinschaft im Selbstverständnis Petersens

Gemeinsam mit sozialistischen Schulreformern wie KARSEN, LÖWENSTEIN und PAULSEN hatte PETERSEN Anfang April 1926 auf dem Gemeinschaftsschultag in Gera referiert.¹ Dabei stand PETERSEN weder einer sozialistisch-klassenkämpferischen noch einer „völkischen“ Position nahe, vielmehr fühlte er sich dem Gedanken des Dienstes an der Volksgemeinschaft in einem sozialen und christlichen Sinne verpflichtet. PETERSEN war unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in Hamburg im „Werkbund geistiger Arbeiter“ tätig – einer Art Kulturparlament in Verbindung mit dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat mit demokratisch-genossenschaftlichen Zielsetzungen (SCHIEFLER 1985, S. 559f.) –, er war aber auch führendes Mitglied der Hamburger Volkskirchenbewegung und 1919 bis 1920 Mitherausgeber der Zeitschrift Neue Kirche. Der entscheidende Unterschied zwischen PETERSEN und politisch linksstehenden Reformpädagogen, wie den Entschiedenen Schulreformern, lag in der Ablehnung jedes Versuches, Erziehung und Schule in den Dienst politischer

¹ Die Vorträge wurden abgedruckt in der von KARSEN herausgegebenen Zeitschrift „Die Lebensgemeinschaftsschule“, Langensalza 1926.

Zielsetzungen zu stellen. PETERSENS Vorstellung von Gemeinschaftsschule ist christlich geprägt: Als Simultanschule sucht sie „die Ideen echter Toleranz und wahrer Humanität durchzusetzen, wie sie in der christlich, und im besonderen evangelisch-lutherisch bedingten Kulturwelt Deutschlands als ‚Neuprotestantismus‘ und Idee der ‚Volkskirche‘ seit den Tagen LESSINGS entwickelt worden ist“ (PETERSEN 1930, S. 5). Das war jedoch kein Hinderungsgrund, Kontakte zu weltlichen (bekenntnisfreien) Schulen zu knüpfen, sofern sie Interesse am Je-naplan bekundeten. Wenn PETERSEN (1930, S. 202) seine Universitätsschule unter Hinweis auf Artikel 148 der Weimarer Verfassung dem „Geist des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung“ sowie dem Grundsatz der Toleranz gegenüber Andersdenkenden verpflichtete, so war dies auch ein Bekenntnis zur Demokratie und zur demokratischen Schule.

Die Forderung PETERSENS (1926, S. 58), das Kind müsse sein „Personleben als Dienst an seiner Volksgemeinschaft, und durch sie vermittelt an der Menschheit gewertet erleben“, war weit entfernt von der rassisch-völkischen Sichtweise seines Fakultätskollegen M. WUNDT (1927). Auch wenn PETERSEN (1925, S. 191 ff.) dem Heimatgedanken und dem „Deutschtum“ zugetan war: Sein Volksbegriff war in den zwanziger Jahren weder politisch-programmatisch noch nationalistisch geprägt. Dies zeigt sich darin, daß PETERSEN

- das Adjektiv „völkisch“ mied, wohl aber den Terminus „volklich“ benutzte (z.B. „volkliche Gesinnung“; 1924, S. 235),
- „allen Versuchen nationaler Proselytenmacherei“ entgegentrat (1924, S. 258),
- Artikel 113 der Verfassung (der „fremdsprachigen Volksteilen“ im Reich die Entwicklung des eigenen Volkstums garantierte) als vorbildlich auch für andere Völker ansah und den „Bruch mit allem vorangegangenen Nationalismus“ für notwendig hielt (ebd.),
- am Nationalismus kritisierte, er verkaufe sich „an Machtpolitik und ihre Unduldsamkeit, etwa gegen politisch anders denkende Volksgenossen oder gegen nationale Minderheiten“ (1931, S. 20),
- sich von KRIECKS „Staatspädagogik völkischer Prägung“, die „stets gegen demokratische und liberalistische Ansichten“ gerichtet sei, distanzierte (1932, S. 152 f.), während PETERSENS eigene Position ausgesprochen staatskritisch war. Er sah im Staat „dasjenige, was immer notgedrungen am stärksten im Mittelpunkt des Streites stehen muß und was dort, wo der Kampf um den Staat durch diktatorische Mächte niedergehalten wurde oder wird ... noch niemals dem Volke dauernden Frieden gebracht“ habe (1932, S. 154).

4. Der Streit um die akademische Lehrerbildung

PETERSENS Berufung an die Thüringische Landesuniversität durch Volksbildungsminister GREIL der weit links stehenden Regierung FRÖLICH war mit der Erwartung verknüpft, die per Landesgesetz beschlossene Ausbildung der Volksschullehrer an der Universität zu realisieren. Dies sah auch PETERSEN als eine seiner wichtigsten Aufgaben an. Das Thüringische Lehrerbildungsgesetz von 1922 hatte die Universität Jena zum alleinigen Träger der Lehrerbildung

gemacht. PETERSEN (1925, S. 52f.) untergliederte deshalb die Erziehungswissenschaftliche Anstalt in eine „Abteilung für Erziehungswissenschaft“ und eine „praktische Abteilung“. Für die Einführung in Schulpraxis und Fachdidaktik waren Oberstudienräte (mit dem gleichzeitigen Status eines Honorarprofessors an der Universität) berufen worden, darunter auch der GAUDIG-Schüler O. SCHEIBNER, der die schulpraktische Ausbildung leitete.

Doch schon wenige Jahre später wurden unter veränderten, nun konservativen Regierungsmehrheiten im Thüringischen Volksbildungsministerium Pläne laut, den unterrichtsdidaktischen Teil der Ausbildung einem neu zu gründenden staatlichen Institut anzuvertrauen, das auf Grund der 1922 geschaffenen Gesetzeslage zwar mit der Universität als der eigentlichen Trägerin der Lehrerausbildung kooperativ verbunden sein mußte, aber ansonsten dem Ministerium direkt unterstellt und organisatorisch selbständig sein sollte. Trotz PETERSENS entschiedenem Protest gab die Universität am 3. Dezember 1927 schließlich ihr Einverständnis (UAJ: BA 532, Bl. 151f.). In mehreren Denkschriften rechnete PETERSEN vor, daß „seine“ Ausbildung wesentlich kostengünstiger als ein duales Ausbildungssystem sei. Auch dies machte kaum Eindruck – vermutlich deshalb nicht, weil sich die Regierung einen direkten Zugriff auf die Lehrerausbildung verschaffen wollte und die Vorarbeit der Gegner PETERSENS Erfolg hatte, ihn als Garanten einer in Theorie und Praxis integrierten Lehrerbildung zu diskreditieren.

Während PETERSEN in den USA weilte, übernahm SCHEIBNER am 1. April 1928 im Auftrag der Thüringischen Landesregierung die Leitung des neu errichteten Pädagogischen Institutes (PI), dessen Dozenten im übrigen ganz auf dem Boden des Herbartianismus standen. PETERSEN blieb Prüfer aller PI-Studenten in Erziehungswissenschaft. Als dann 1930 im Zuge von Sparmaßnahmen das Lehrerstudium von drei auf zwei Jahre verkürzt wurde und 1931 die Immatrikulation an der Universität nicht mehr Pflicht war, hatten sich PETERSENS frühere Befürchtungen als richtig erwiesen: Das Ende der universitären Lehrerausbildung in Thüringen war Faktum geworden. Die breite Mehrheit der Lehrerstudierenden absolvierte ein Vollstudium am PI. Es gab mehr als einen Versuch PETERSENS, die Funktion des PI und die Qualifikation seiner Dozenten in Frage zu stellen. Dabei war sein Zorn zum Teil auch ganz persönlicher Natur. So mußte er SCHEIBNER als Verräter an der Idee akademischer Lehrerbildung betrachten, als dieser bei den Verhandlungen zwischen Fakultät und Ministerium 1927 PETERSENS Ablehnung des PI nicht unterstützte.

Nachdem SCHEIBNER 1929 einen Ruf an die Pädagogische Akademie Erfurt erhalten hatte, versuchte PETERSEN offenbar, mit Hilfe der Philosophischen Fakultät Einfluß auf die Neubesetzung der Leitung des PI zu nehmen. In der Fakultätssitzung vom 26. Februar 1930 „wird beschlossen, mit einem Schreiben bezüglich der Leitung des Pädagog. Instituts die Namen der Herren JOHANNSEN und REIGBERT zu nennen“ (UAJ: M 718/1). Die Genannten waren gute Freunde von PETERSEN. JOHANNSEN, Privatdozent der Philosophie, vertrat ihn in der Lehre während seines USA- und Chile-Aufenthaltes, REIGBERT war sein Assistent und Lehrer an der Universitätsschule.

Als das Thüringische Staatsministerium am 1. Juli 1930 WEISS zum Leiter des PI ernannte, sah PETERSEN rot: Auf die Person von WEISS gemünzt, äußerte er,

daß es gelungen sei, „gegen den deutlich und kraftvoll genug bekundeten Widerspruch der philosophischen Fakultät zum Leiter einen durch und durch unwissenschaftlichen Pädagogen zu ernennen, der außerdem nie zuvor ein Freund akademischer Lehrerbildung gewesen“ sei (PETERSEN 1932, S. 154).

Der öffentliche Protest der Dozentenschaft des PI (Erklärung 1932/33, S. 42) ließ nicht auf sich warten. PETERSEN habe „die geplante Gründung des Päd. Institutes in Wort und Schrift bekämpft“ und habe „das seinem Einflusse entzogene Päd. Institut, seinen Leiter, die ihm meist unbekannten Dozenten und ihre Arbeit vor den Studenten, vor Regierung und Landtag und vor der Öffentlichkeit abfällig beurteilt“. Die Erregung PETERSENS war so groß, daß er die Grenzen des Erlaubten weit überschritt. Zweimal, 1930 und 1932, mußte er vor dem Ehrenrat der Universität eine „Erklärung“ abgeben, daß die WEISS und dem PI unterstellten Behauptungen, die PETERSEN verbreitet hatte, so nicht gefallen waren (UAJ: M 631, Bl. 206; M 760, Bl. 507). Wie sehr die faktische Isolation PETERSENS in Thüringen sich mit seiner subjektiven Empfindung deckte, allein zu sein inmitten von Gegnern seiner Schul- und Lehrerbildungskonzeption, zeigt ein Brief PETERSENS an den preußischen Kultusminister, den Sozialdemokraten A. GRIMME, vom 12. März 1932:

Lieber Herr Dr. GRIMME!

Besten Dank für die Uebersendung Ihrer Ansprachen, von denen ich die Mehrzahl schon in guten Wiedergaben in Zeitschriften oder Lehrerzeitungen gelesen hatte. Ich hätte schon früher für die Zusendung gedankt, wenn nicht die Ermüdung am Semesterschluss verbunden mit den auch schliesslich ermattenden Kämpfen um die Erhaltung der akademischen Lehrerbildung in Thüringen gegen die Landbund- und Wirtschaftsparteiminister und (!) gegen die Lehrervereinsbonzen mich immer wieder abgehalten hätten, etwas zu tun. Das ist meine bitterste Erfahrung in diesen nun mehr als acht Thüringer Jahren, dass die Lehrerschaft selber so zahlreiche Gegner der neuen Lehrerbildung stellt und ebenfalls einen Verleumdungskampf führt. Sie werden es kaum für möglich halten, wenn ich Ihnen berichte, dass meine Schüler bis heute nicht in der Thüringer Lehrerzeitung zum Wort kommen können, um auch nur zu schreiben, was ich tatsächlich getan habe oder tue, aber jede Verleumdung geht weiter, und findet auch den Weg offen in die ‚Allg. Deutsche Lehrerzeitung‘, ohne dass ich etwas dagegen tun kann. Ja, ich habe in diesen Tagen erst erfahren müssen, dass ein Mann, für den ich an die drei Jahre alles tat, ihn hier sich durchsetzen half und förderte, – eine so schmutzige Handlung gegen mich vor fünf Jahren begangen hat, dass man an die satanischen Handlungen DOSTOJEWSKYscher Gestalten erinnert wird. Und dieser Mann darf bis zur Stunde noch in der ‚Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle‘ des Deutschen Lehrervereins gegen mich hetzen und das Urteil über mich bestimmen. Das hat mich etwas verbittert. Aber nicht entmutigt“ (GStPK: I. HA Rep. 92 GRIMME, Paket 64 Nr. 27).

Die Person, von der PETERSEN sich hintergangen fühlte, ist erkennbar SCHEIBNER. Der Eintritt PETERSENS in die Fachschaft 1 (Hochschulen) des NSLB zum 1. April 1934, der auf eine Aufforderung des Dekans der kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig, HOPPE, zurückging, ließ ihn noch einmal hoffen, in Verbindung mit Hochschulen wie Braunschweig und Hamburg (an denen die universitäre Lehrerbildung noch praktiziert wurde) die Situation in Jena zu verändern. Doch die neu eingeführten „Hochschulen für Lehrerbildung“ im Reich waren Indizien dafür, daß PETERSEN chancenlos blieb. Vergeblich appellierte PETERSEN (1936) an den „politischen Willen“ des NS-Staates, die universitäre Lehrerbildung, wie er sie in Jena einmal eingerichtet hatte, zu reaktivieren – unter Verhüllung der Tatsache, daß allein die

sozialistische Regierung FRÖLICH es war, die unter den sieben Regierungen Thüringens bis 1932 die Chance zur Realisierung dieses Konzeptes bot. Schlußpunkt der Bemühungen: Am 27. Juli 1945 unterbreitete PETERSEN als Dekan der Philosophischen Fakultät dem ihm gut bekannten Direktor des Thüringer Landesamtes für Volksbildung, W. WOLF, Personalvorschläge, „damit die Vorbereitungen für den Aufbau der Akademischen Lehrerbildung an der Universität Jena ohne Verzug durchgeführt werden können“ (HStW: ThMinVob 3411, Bl. 31–35).

5. Identitätsbalancen: Jenaplan-Schule zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus

Ein Schlüsselproblem für die Bewertung der Pädagogik PETERSENS der dreißiger Jahre ist sicherlich, wie sich in seiner pädagogischen und politischen Haltung der Übergang von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“ vollzog: Mit welchen Erwartungen schätzt PETERSEN die Zeit des politischen Wechsels vor und nach 1933 ein? Welche Veränderungen erfährt seine Identitätsbalance in der neuen politischen Wirklichkeit?

Die Einstellung auf eine neue Balance begann schon 1932, dem Jahr, in dem PETERSEN für den Christlich-sozialen Volksdienst (CSVD) in Thüringen zu den beiden Reichstagswahlen (am 31. Juli und am 6. November 1932) kandidierte. Der CSVD war eine überparteiliche evangelische Sammlungsbewegung, die gegen Links- ebenso wie gegen Rechtsextremismus votierte; dies gilt vor allem für die von den Tübinger Theologen SCHLATTER und HEIM beeinflusste südwestdeutsche CSVD-Fraktion, die pietistisch orientiert war und der PETERSEN zugehörte. 1932 hatte PETERSEN engere Kontakte zur weltlichen Schule in Finsterwalde (wo er im Mai eine „Pädagogische Woche“ durchführte) ebenso wie zu katholischen Gruppen, die sich für den Jenaplan zwar interessierten, aber auch in einigen Punkten Kritik an ihm übten (GIESEN 1929/30). Die Kritik galt zum Beispiel dem der demokratischen Schultradition entstammenden Prinzip der kollegialen Schulverwaltung, das PETERSEN verfocht. Ebenfalls 1932 wandte sich PETERSEN Vertretern völkischen Gedankenguts und der „Blut-und-Boden“-Publizistik zu: Im Sommersemester 1932 fand an der Erziehungswissenschaftlichen Anstalt „ein Ausspracheabend statt über KRIECKS ‚Nationalpolitische Erziehung‘, ein anderer über die Frage ‚Rasse und Christentum‘ im Anschluß an Aufsätze aus der Zeitschrift ‚Blut und Boden‘“ (PETERSEN 1934b, S. 24); ferner intensivierte PETERSEN seine Kontakte zu TH. SCHEFFER und dessen völkischer „Heimatschule“ in Bad Berka (ULBRICHT 1994, S. 199ff.); das „Blut-und-Boden“-Motiv, das vereinzelt vor 1933 im Schrifttum PETERSENS auftaucht, bildet wahrscheinlich den eigentlichen Schlüssel für die Tatsache, daß PETERSEN dem NS, als dessen Stunde schlug, wenig entgegenzusetzen konnte², wenn er auch kein Nationalsozialist wurde (KASSNER 1992). Eine Oppositionsfiguration ergab sich allerdings aus PETERSENS religiösen

2 Andererseits muß auch gesagt werden: Die Annahme, daß Hitlers Machtergreifung bei jenen (und nur bei jenen) Pädagogen Opposition hervorrief, die weder organologischem Denken noch volkstheoretischen Begründungen anhängen, gehört zu den *mythenbildenden* Beiträgen gegenwärtiger Interpretationen der Wendezeit um 1933.

Überzeugungen: 1932 war auch das Jahr, in dem er in den Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden eintrat, der ab 1933 gegenüber der nationalsozialistischen Politik, die evangelische Bekenntnisschule abzuschaffen, konsequent Widerstand leistete und in dessen Auftrag PETERSEN 1936 entsprechende Gutachten für den Erhalt der Bekenntnisschule verfaßte (RETTER in Vorb.).

Zur Reichstagswahl am 5. März 1933 ist PETERSEN nochmals auf der Thüringer Landesliste als Kandidat des CSVD zu finden, dem 237 Jenaer Wähler ihre Stimme gaben. Jena war keine Nazi-Hochburg: Von den 37286 im Stadtkreis Jena abgegebenen gültigen Stimmen erhielten: NSDAP 12471, SPD 9645, KPD 6820 (Allg. Thür. Landesz. Dt. vom 6. 3. 1933, S. 1). Der Wahlauftrag des CSVD (ebd., 2. 3. 1933, S. 4) wirft ein Licht auf PETERSENS politische Einstellung zu diesem Zeitpunkt: Der CSVD „will nationale Ehre und Freiheit und eine starke Obrigkeit, nicht aber, daß Deutschland für eine Herrschaft der Gewalt und des Schreckens reif gemacht wird . . . Dem völkischen Heilsglauben, dem kapitalistischen Herrenstandpunkt und dem klassenkämpferischen Marxismus stellt der Volksdienst den Gedanken der durch christlichen veröhnlichen Geist geschaffenen Volksgemeinschaft gegenüber“.

Sehen wir uns nun jenes Werk von PETERSEN an, das gleichsam den ersten Höhepunkt seiner praktischen Pädagogik darstellt. Es ist das Buch „Die Praxis der Schulen nach dem Jena-Plan“, kurz „Jenaplan III“ genannt, dessen Erscheinen schon für Herbst 1932 angekündigt war, das aber erst zwei Jahre später publiziert wird (PETERSEN 1934a). Der Band enthält Berichte von 13 Schulen, die nach dem Jenaplan arbeiteten. Thüringen ist nur mit PETERSENS eigener Schule vertreten, Brandenburg mit sieben Schulen (überwiegend im Raum Frankfurt/O.), Westfalen mit vier Schulen aus dem Landkreis Lübbecke bzw. dem Amt Rahden und eine Ostern 1934 aufgelöste Jena-Gruppe an der Akademieschule Halle/S. Die regionale Verbreitung von Jenaplan-Schulen war also äußerst begrenzt; daß nach 1933 weiterhin nach dem Jenaplan gearbeitet wurde, ist für Schulen in Brandenburg nicht belegt, lediglich für Schulen in Westfalen. Nun ist gerade dieser Band immer wieder als Indiz herangezogen worden für die nationalsozialistische Ausrichtung PETERSENS. Einzelne Hinweise auf NS-bezogenes Unterrichtsgut findet man nicht nur in den Berichten aus der Jenaer Universitätsschule, sondern vor allem in politischen Bekenntnissen von Lehrern aus den Schulen in Westfalen. Diese hatten mit dem Jenaplan um 1933 begonnen – unter ausdrücklicher Billigung örtlicher NS-Funktionäre und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB). Ohne deren Zustimmung wäre eine so gravierende Umstellung der Schulorganisation auch kaum durchführbar gewesen.

Wenn der Jenaplan von vornherein vom Gift völkisch-nationaler Gemeinschaftsideologie infiziert gewesen wäre, dann müßte auch in den Beiträgen jener Schulen, die bereits vor 1933 dieses Modell außerhalb Jenas praktizierten, etwas davon zu spüren sein. Wer daraufhin die Berichte der betreffenden Jenaplan-Schulen im Band Jenaplan III studiert, entdeckt Erstaunliches: Da macht Schulleiter GERICH aus Wittenberge deutlich, daß an seiner Schule unter anderem THOMAS MANN, RICARDA HUCH und die deutsche Frauenbewegung (die ja von CLARA ZETKIN bis GERTRUD BÄUMER dem NS-Regime verhaßt war) behandelt und gelesen wurden. TH. MANN und R. HUCH hatten 1933 öffentlich

ihre Kritik am NS verkündet und waren politisch nicht mehr opportun. So blieb es im Jahre 1934 durchaus ein Wagnis, diese Deutschen in einem pädagogischen Fachbuch erwähnenswert zu finden.

Eine andere Schule, nämlich jene, welche in Jenaplan III mit acht Lehrerbeiträgen am ausführlichsten zu Wort kommt, hatte diese Berichte bereits 1932 in der sozialistischen Zeitschrift „Aufbau“ veröffentlicht, die von der Vereinigung des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands e. V. herausgegeben wurde. Schulleiter F. BEHRENDT (1932, S. 37) berief sich mit seiner Jenaplan-Arbeit auf den führenden sozialdemokratischen Schulpolitiker K. LÖWENSTEIN und dessen Schrift „Sozialistische Erziehung“:

„Weltliche Schule soll ausgehen von der Wirklichkeit *dieser* Kinder, ihrer Gesellschaftslage und den Bedürfnissen ihrer Entwicklungstendenz;

- soll das Bildungsprivileg der besitzenden Klasse brechen;
- soll Erfahrungen der Schulreform aufnehmen und für sich umformen;
- soll den solidarischen Menschen bilden in einer Schulform und Arbeitsweise, die auch bei Massenapplication (Durchschnittskinder, Durchschnittslehrer) nicht versagt ...“

Die weltliche Schule in Finsterwalde, die als sog. Sammelschule für atheistisch erzogene Kinder 1929 vom Magistrat der Stadt eingerichtet worden war, bildete für viele christliche Bürger der Stadt ein marxistisches Ärgernis.³ Da sie mit einer christlichen Konfessionsschule räumlich benachbart war, gab es von seiten letzterer ständig Beschwerden bei der Regierung und beim Magistrat der Stadt über Lehrer und Schüler der weltlichen Schule. Im Frühjahr 1933 war endlich die Zeit der Abrechnung gekommen. Mit dem Übergang in den Hitler-Staat wurden die Lehrer der weltlichen Schule denunziert, es wurde ihnen gedroht, man schikanierte sie als Marxisten: Die weltliche Schule Finsterwalde wurde Ostern 1933 geschlossen, das gesamte Kollegium auseinandergerissen und in andere Orte strafversetzt. In den Schulakten ist nachlesbar, wie die existentielle Bedrohung durch den NS-Staat bei den Betroffenen zu Rechtfertigungen für die Mitgliedschaft in der SPD oder in Arbeitervereinen führte und sie angesichts der drohenden Entlassung geloben mußten, „ehrliehen Willens“ mitzuarbeiten am neuen Staat. Diese Lehrer blieben weiterhin unter massivem politischen Druck, erlitten Strafversetzungen und Gehaltskürzungen; ein Lehrer kam ins KZ.

Ein ähnliches Ende wie in Finsterwalde erlebte der Jenaplan an der evangelischen Volksschule in Wittenberge unter dem schon erwähnten sozialdemokratischen Rektor GERICH. Diese Schule begann im Schuljahr 1929/30 nach dem Jenaplan zu arbeiten. Auf der 6. Pädagogischen Woche in Jena im März 1930 referierte GERICH über das Thema: „Wie kann der Jena-Plan in den Staatsschulen eingeführt werden, welchen notwendigen Begrenzungen unterliegt er?“

³ Die folgenden Aussagen sind den Schulakten der betreffenden Schulen in Finsterwalde und Wittenberge sowie den Personalakten der Lehrkräfte entnommen, die der Verf. im Brandenburgischen Landeshauptarchiv einsah.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der Sozialdemokrat GRIMME, schrieb an PETERSEN am 18. September 1930 (BLHA: Pr.Br.Rep. 2 A II WP 2047):

„Lieber Herr PETERSEN!

Nach dem Berichte der Regierung in Potsdam scheinen die Voraussetzungen für einen Versuch der Durchführung des sogenannten ‚Jena-Planes‘ in Wittenberge gegeben zu sein. Die Regierung hat den Versuch grundsätzlich genehmigt und den zuständigen Schulrat Dr. ZEPLIEN, der selbst an einem Lehrgang in Jena teilgenommen hat und dem Versuch sehr wohlwollend gegenübersteht, gebeten, den Lehrkörper bei der Durchführung des Versuches soweit als möglich zu unterstützen. Ich würde es begrüßen, wenn Sie mit dem Kollegium in Fühlung bleiben und auch Ihrerseits den Versuch fördern könnten.

Mit besten Grüßen in alter Verbundenheit

Ihr

gez. GRIMME“

1933 ereilte das Schicksal der Denunziation auch den Schulleiter GERICH und sein Kollegium. Die Kreisleitung Westprienitz des NSLB stufte die Pädagogen GERICH und WERNICKE in einem Bericht vom 24. Juni 1933 ein als „Lehrpersonen, die bis zuletzt im marxistischen Lager standen“. In den Denunziationsunterlagen, die der Bürgermeister von Wittenberge über alle Lehrer der Stadt sammelte und am 30.6.1933 an den Regierungspräsidenten nach Potsdam schickte, stand unter anderem über den Lehrer WERNICKE (der ebenfalls in Jenaplan III mit einem Bericht zu Worte kommt) folgende Notiz:

„marxistisch – mit GERICH [dem Schulleiter; H. R.] eifriger Verfechter des November-Systems – Dirigent des Arbeiter-Kinderchores – sprach immer sehr verächtlich von Hitler und seiner Bewegung“

Die Leser des PETERSENSchen Bandes im Jahre 1934 hätten niemals erfahren dürfen, daß die Schulen aus Finsterwalde und Wittenberge vom Hitler-Staat als Jenaplan-Schulen geschlossen und die Lehrer strafversetzt worden waren. PETERSEN mußte eigentlich alles vermeiden, was die Wahrheit hätte an den Tag bringen können.

6. Zwischen Anpassung und Kritik

Der Interpretationsrahmen für das Faktum, daß PETERSEN nach 1933 vordergründig einschwenkt auf eine politische Linie in seiner Publizistik, die Bereitschaft zur „Öffnung“ seiner Pädagogik im Sinne der neuen politischen Gegebenheiten signalisiert, wird durch das Schicksal der „roten“ Jenaplan-Schulen in Finsterwalde und Wittenberge nicht unwesentlich mitbestimmt. PETERSEN wollte den Jenaplan um jeden Preis weiterführen und mußte doch ständig befürchten, daß der demokratische Hintergrund seines Schulmodells entdeckt und ihm vorgehalten werde – was dann durch „echte“ NS-Pädagogen wie C.-H. TIETJEN und K.-F. STURM auch geschah: STURM (1938, S. 113) beschied PETERSENS schulpädagogisches Hauptwerk, die 1937 erschienene „Führungslehre des Unterrichts“, kurz und treffend mit dem Satz: „Wir müssen sie

ablehnen“⁴. Ähnlich TIETJEN: Das von PETERSEN und seinem Schüler G. STEINER herausgegebene Rechenbuch – „Arteigenes Rechnen“ – täusche bewußt die Erwartung des Lesers, ein „rassisch begründetes Rechenverfahren“ zu sein. Vielmehr handle es sich um ein Rechenwerk, das „genau das Gegenteil“ wolle: „Förderung des Individualismus, um dessen Überwindung geblutet und gekämpft wurde“ (ebd.). Im übrigen sei von einem amerikanischen Vorbild abgeschrieben worden, wie auch der „ganze Jenaplan“ seine Herkunft aus den USA nicht leugnen könne: Es sei „beschämend, mit derartigen Mitteln ins Dritte Reich vorstoßen zu wollen“ (TIETJEN 1934, S. 474).

Die Balanceakte, die PETERSEN vollführte, um der NS-Ideologie zu entsprechen, verdeutlicht die 1937 erschienene Zweitauflage der „Pädagogik“ (PETERSEN 1932) mit dem neuen Titel „Pädagogik der Gegenwart“. Die Erstauflage kritisierte der deutschchristliche Religionspädagoge M. REDEKER als unzeitgemäß und „noch nicht realistisch genug . . . Würde der Vf. heute diesen Grundriß der Pädagogik herausgehen lassen, so müßte er die Fragen der völkischen Erziehung und die Bedeutung des pädagogischen Realismus für sie in das Zentrum der Betrachtung rücken“ (REDEKER 1934, Sp. 2214f.). PETERSEN kannte diese Rezension – und besserte die Zweitauflage nach, indem er neue Abschnitte hinzufügte, z. B. eine Passage über die Hitlerjugend; die „politische Erziehung“ habe nun wieder ein oberstes Bildungs- und Erziehungsziel, „das aus der völkischen Zerrissenheit zur Volkseinheit, aus einer auflösenden, volkzersetzenden Zeit eine gemeinschaftsbildende Epoche hineinweist“ (PETERSEN 1937b, S. 46). Hier wird in der Tat nicht nur ideologische Anpassung, sondern ebenso Zustimmung zum NS-Staat spürbar. Andererseits weigert sich PETERSEN nach wie vor, seinen Volksbegriff in irgendeinen Zusammenhang mit dem Staat zu bringen; die Kritik am „vergotteten Staat“ (1937b, S. 165) ist eher noch stärker geworden. PETERSEN bleibt dabei (unter Berufung auf die historischen Vorbilder STOY und DÖRPFELD), in der Familie die eigentliche Bezugsgröße für das Volksleben zu sehen, da sie „dem Streite der Parteien am fernsten“ sei. So wird auch nochmals die Distanz zu KRIECK deutlich (1937b, S. 142); PETERSEN sieht sich bei seiner Positionsbestimmung vielmehr ganz in der Nähe von J. ZIEHEN (1864–1925), dem eine „Volkserziehungswissenschaft“ vorgeschwebt habe; PETERSEN schätzte ZIEHEN aus der gemeinsamen Zeit im Deutschen Bund für Erziehung und Unterricht, erwähnt ihn aber in der Erstauflage nicht in diesem Zusammenhang. Mit dieser Balancehaltung kann PETERSEN nicht nur den Demokraten J. DEWEY und dessen Projektmethode würdigen (1937b, S. 159f.), sondern auch in einem neu eingefügten Abschnitt über „Christliche Erziehung“ unter deutlicher Distanzierung vom Deutschchristentum den Bekenntnisstandpunkt formulieren:

„Christliche Erziehung, die sich auf dem Boden des reinen Evangeliums erhebt, ist immer realistisch; sie kann nicht ein Wahnbild vom Menschen gewinnen, da sie ihn zuerst stets als den von Gott gesonderten, d. h. *sündigen* unvollkommenen Menschen nehmen muß, und es ist Gottes Werk aus Gna-

⁴ Aufschlußreich ist die Zusammenstellung aller deutschen Rezensionen zu PETERSENS „Führungslehre“ von VREUGDENHIL (1992, Bd. 2, Anlage 1, S. 1 ff.).

den, der einem Menschen diese Unvollkommenheit nicht anrechnet, sondern ihn mit neuen Kräften der Liebe erfüllt“ (PETERSEN 1937, S. 123 f.).

7. Das Ende der weiteren Ausbreitung des Jenaplan

Daß PETERSEN und seine Schüler den Jenaplan ab 1933 in den Publikationsorganen des NSLB als die Schule der neuen Zeit anpriesen, ist nachlesbar. Daß nach 1935 die Jenaplan-Publizistik und die Ankündigung „Pädagogischer Wochen“ schlagartig abbricht, ist ebenfalls belegbar. Der Grund dieses Abbruchs dürfte in einem Erlaß des Reichserziehungsministeriums (REM) vom 3. Februar 1936 liegen, der Bezug nimmt auf eine hochoffizielle Visitation der Jenaer Universitätsschule am 23. und 24. September 1935. Der ausführliche Bericht des REM-Regierungsrates THIES war kritisch:

„Der Jenaer Schulversuch kann bei aller Würdigung des Sichbemühens nicht als ein Versuch hingestellt werden, der unserem gesamten deutschen Schulleben etwas Neues und Bedeutendes zu sagen hat. Im Gegenteil muß mehr als bisher darauf gehalten werden, daß dieser Versuch nicht infolge starker Propaganda eine weitere Ausbreitung findet und dadurch in der Lehrerschaft sowie im Auslande ein falsches Bild über die pädagogischen Gegenwartsfragen entsteht“ (BAP: REM 3285/4, Bl. 58).

Der REM-Erlaß zieht die Konsequenz: „Unter diesen Umständen halte ich es nicht für richtig, daß die Arbeitsweise der Versuchsschule [die Jenaer Universitätsschule; H. R.] über den Kreis der bisher beteiligten Schulen hinaus noch in weiteren Volksschulen angewendet wird“ (ebd., Bl. 59).⁵

Moderat formuliert, war die Weisung des Erlasses eindeutig. Die durch politische Weihen legitimierten Jenaplan-Schulen in Westfalen wurden – gewiß nicht zufällig – von den REM-Kontrolleuren freundlicher beurteilt, was aber auf den Erlaß ohne Einfluß blieb. Damit war dem Bestreben PETERSENS, den Jenaplan auch unter den politischen Bedingungen des „Dritten Reiches“ zu verbreiten, ein vorzeitiges Ende gesetzt. PETERSEN hatte im Bemühen um Anerkennung das Nachsehen gegenüber der „Versuchsschule Wörsdorf“ des KRIECK-Schülers und überzeugten Nationalsozialisten F. KADE; die im Rahmen der Landschulreform 1932 begonnene Zusammenarbeit mit KADE fand spätestens 1935 ihr Ende, als PETERSEN in KADE nur noch den mit politischen Mitteln gegen ihn und den Jenaplan agierenden Konkurrenten sah.⁶

Erstaunlicherweise stellten sich auch die Jenaplan-Schulen in Westfalen offenbar bald wieder auf „normalen“ Schulbetrieb um. Diese Schulen „paßten nicht in die Zeit“, schrieb dem Verfasser ein Zeitzeuge, L. SPÖNEMANN, der in

5 Der vollständige Text des Erlasses findet sich bei VREUGDENHIL (1992, Bd. 2, S. 25, Anmerkung 32).

6 Dies geht aus dem Briefwechsel PETERSENS mit seinem Schüler G. STEINER hervor, der 1935/36 im Zusammenhang eines von PETERSEN angestregten Prozesses gegenüber C.-H. TIETJEN stand (Klage auf Unterlassung des Plagiatvorwurfes). STEINER stellte dem Verf. freundlicherweise Kopien des Briefwechsels zur Verfügung.

Rahden/Westf. die Umstellung nach dem Jenaplan als Schüler erlebte: „Das war eigentlich mehr eine Spielschule“ (vgl. RETTER 1992, S. 12). Die Akten der im Band Jenaplan III aufgeführten westfälischen Schulen – einsehbar im Staatsarchiv Detmold – enthalten in der Tat keine Hinweise, daß hier nach 1936 noch nach Jenaplan-Prinzipien unterrichtet wurde, wiewohl es in der Region noch Schulen gab, die mit Wissen PETERSENS in seinem Sinne verfahren, ohne daß dies allgemein bekannt war.⁷ Dies bezeugt ein Bericht des Nestors der modernen Pädagogik Finnlands, M. KOSKENNIEMI (1941), der im März 1939 PETERSEN besuchte und an einigen Schulen des Landkreises Lübbecke hospitierte, die als Jenaplan-Schulen bislang nirgendwo Erwähnung fanden. KOSKENNIEMI (1988) schrieb später, er habe bei seinem Besuch Deutschlands im März 1939 keine Anzeichen für eine nationalsozialistische Ausrichtung der Jenaer Universitätsschule feststellen können, vielmehr sei das Gegenteil der Fall gewesen. PETERSEN habe weder den Hitlergruß praktiziert, noch habe es, abgesehen von dem obligatorischen Bild Hitlers, in dieser Schule sichtbare Zeichen für eine Identifikation mit dem NS gegeben.

8. Fazit

Wenn Kritiker meinten, PETERSENS Pädagogik der zwanziger Jahre sei durch völkisch-antidemokratische Elemente geprägt worden, die einen nahtlosen Übergang ins „Dritte Reich“ ermöglicht hätten, so bedürfen solche Wertungen zumindest der Differenzierung. Wer auf der Basis eines umfangreichen Quellenmaterials nach „Kontinuität“ im Denken und Handeln PETERSENS fragt, findet sie *erstens* in der Hartnäckigkeit, mit der er im Wechsel politischer Systeme seine Reformvorsätze zu realisieren suchte, *zweitens* im Scheitern an den jeweiligen politischen Gegebenheiten, wenn es um die Aufrechterhaltung und Übertragung des Reformgedankens über den eigenen Aufbauversuch hinaus ging. Da PETERSEN seine Schulkonzeption nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Boden demokratischer Reformtraditionen entwickelte, hatte er nach 1933 durchaus Grund, mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert zu werden, wie sie für die Schulen in Wittenberge und Finsterwalde dokumentiert wurden. Gleichzeitig versuchte er, vermutlich nicht unbeeindruckt von der „nationalen Erhebung“, sein Jenaplan-Konzept auszuweiten. Das hatte seinen Preis und seine Problematik.

Während in den volkspädagogischen Auffassungen PETERSENS der zwanziger Jahre die „Liebe zum eigenen Volk“ und die „Versöhnung mit anderen Völkern“ wechselseitig aufeinander verwiesen waren, trat 1933 im Einschwenken auf die völkisch-nationalpolitische Erziehung eine Veränderung dieses Gleichgewichts ein. Schien es im Schutze der Anpassung an die neue Begrifflichkeit in begrenztem Umfang möglich zu sein, reformpädagogische Traditionen weiterzuführen, so gelang dies PETERSEN kaum ohne Selbstbeschädigung. Die Abgrenzung zur völkischen Programmatik, in den zwanziger Jahren deutlich sichtbar, war nun aufgehoben. Der nach 1933 systemkonforme Begriff des

⁷ Der zuständige Schulrat LÜKING war ein Anhänger PETERSENS und hat die Jenaplan-Praxis dieser Schulen vermutlich toleriert.

Völkischen wurde für PETERSEN zu einem Balanceinstrument, mit dem sowohl Akzeptanz signalisiert als auch Abgrenzung vollzogen werden konnte. Auf der Basis einer die politischen Realitäten nicht in Frage stellenden Grundhaltung ist bei PETERSEN im NS-Staat eine ambivalente, zwischen zeitweiliger Nähe und Distanz balancierende Einstellung gegenüber bestimmten Personen, Situationen und ideologischen Positionen erkennbar.

Die Vereinnahmung volkspädagogischer Traditionen durch den NS-Staat folgte nach 1945 in der SBZ/DDR Zug um Zug die Vereinnahmung demokratischer Traditionen durch die SED, die sehr bald deutlich machte, daß der Begriff des Demokratischen mit der Einnahme des Klassenstandpunktes identisch war. Das Bekenntnis zur Demokratie nach 1945 bedeutete für PETERSEN die Wiederfreisetzung jener nach 1933 öffentlich verleugneten (in seiner Jenaplan-Schulpraxis jedoch weitgehend erhalten gebliebenen) Identitätspotentiale der zwanziger Jahre. Bot dieses Bekenntnis 1945/46 noch die Möglichkeit, Jenaplan-Prinzipien öffentlich zu vertreten, sind ab Frühjahr 1947 schon amtliche bzw. SED-gesteuerte Maßnahmen gegenüber PETERSEN und dem Jenaplan nachweisbar (HStW: ThMinVob 3115, Bl. 254, Bl. 327), die mit der Schließung seiner Schule endeten.

So prekär bestimmte Texte PETERSENS nach 1933 sind, so problematisch dürfte ein Interpretationsansatz sein, der nur deren Vorführung in Szene setzen will, ohne einen Blick für die Hintergründe und die Arrangements derartiger „im Lichte der Diktatur“ vollzogener Aussagen zu besitzen; ebenso problematisch muß jeder apologetische Interpretationsversuch sein. Für beide Fälle gilt: Je stärker beim Interpretieren die Moral zum Zuge kommt, desto mehr verbaut sie die Möglichkeit, das gefällte Urteil dem wissenschaftlichen Zweifel auszusetzen. Offenbar hat die Moral das Urteil schon längst gefällt und sucht nur noch mit selektivem Blick nach Zeichen der Bestätigung; gleichzeitig ist die Sicht auf gegenteilige Zeichen verstellt, die das Urteil verändern oder Anstöße zum Überdenken der eigenen Rolle in diesem Prozeß geben könnten.

M. ADLER (1990) hat den rituellen Charakter und die ästhetisch-moralischen Inszenierungen, mit denen NS-Bewältigung im „Westen“ seit den siebziger Jahren vonstatten geht, auf der Folie seiner eigenen Erfahrungen im SED-Staat mit dem Thema Faschismus prägnant beschrieben. Da die Erziehungswissenschaft gerade auch im Zusammenhang der PETERSEN-Diskussion von dem Problem tangiert ist, verdienen ADLERS Hinweise Beachtung. Die nach zwei deutschen Diktaturen sich abzeichnende Erkenntnis, daß auch „kritisches“ Denken keineswegs vor Irrtümern schützt, läßt den Aufarbeitungsprozeß der jüngeren deutschen Geschichte, der sich oft genug nur zwischen den Polen „Schuldzuweisung“ und „Mythosbildung“ abspielte, in ein neues Stadium von Nachdenklichkeit treten. Jenseits der Versuchung von *Moralisierung oder Historisierung* (BROSZAT 1986; kritisch: FRIEDLÄNDER 1988) wird vorgeschlagen, nach Wegen der Interpretation zu suchen, die die Rolle des Interpretieren in diesem Prozeß mitreflektieren. Die Richtung, die die PETERSEN-Kontroverse zum Teil genommen hat, macht deutlich, daß die „Unfähigkeit zu trauern“ (MITSCHERLICH) sich keineswegs nur als Schuldverdrängung, sondern ebenso als hintergründige Inszenierung moralischer Aufrechnungen manifestiert: Die *vorlaufende* Intention des Interpretieren, PETERSEN zu verurteilen (oder freizusprechen), macht die hermeneutische Analyse zum bloßen Arran-

gement dieser Intention. Die Frage bleibt, ob *unser* Verhältnis zur „Banalität des Bösen“ (H. ARENDT) und *unser* Umgang mit möglicher Schuldhaftigkeit und Schuldverstrickung nicht erneut der Diskussion bedürfen.

Literatur

- ADLER, M.: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Frankfurt a.M. 1990.
- BECKER, H./KLUCHERT, G.: Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Stuttgart 1993.
- BEHRENDT, F. u.a.: Arbeitsbericht der weltlichen Schule Finsterwalde. In: Aufbau 5 (1932), S. 36–62.
- BENNER, D./KEMPER, H.: Einleitung zur Neuherausgabe des Kleinen Jena-Plans. Weinheim 1991.
- BROSZAT, M.: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: H. GRAML/K.-D. HENKE: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von M. Broszat. München 1986, S. 159–173.
- DÖRPFELD, F. W.: Die freie Schulgemeinde und ihre Anstalten auf dem Boden der freien Kirche im freien Staate. (Gesammelte Schriften, Bd. 8.) Gütersloh 1898.
- ERKLÄRUNG der Dozentenschaft des Päd. Instituts Jena. In: Die Neue Lehrerbildung 2 (1932/33), S. 44–45.
- FRIEDLÄNDER, S.: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus. In: D. DINER (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Frankfurt a.M. 1988, S. 34–50.
- GIESEN, J. M.: Jena-Plan. In: Lehrer und Volk 3 (1929/30), S. 380–384.
- KASSNER, P.: Peter Petersen und sein Bild vom Nationalsozialismus. In: T. RÜLCKER/P. KASSNER: Peter Petersen: Antimoderne als Fortschritt? Frankfurt a.M. 1992, S. 247–284.
- KEIM, W.: Die Jena-Plan Pädagogik: Ein problematisches Erbe. In: Die Grundschulzeitschrift (1991), H. 47, S. 36–39.
- KOSKENNIEMI, M.: Jenan-koulun arkipäivää. In: Kasvatus ja koulu 25 (1941), S. 116–124.
- KOSKENNIEMI, M.: The Jena-Plan in some German Countryside schools during the Nazi Era: a short historical note dedicated to Professor Emerita Dr. Maria-Louise VAN HERREWEGHE. In: Scientia Paedagogica Experimentalis 25 (1988), S. 477–478.
- MILBERG, H.: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Hamburg 1970.
- OELKERS, J.: „Pädagogischer Realismus“. Peter Petersens erziehungspolitische Publizistik 1930–1950. In: Die Deutsche Schule 84 (1992), S. 481–501.
- OFENBACH, B.: Petersen-Pädagogik im Streit der Meinungen. In: Pädagogische Rundschau 44 (1990), S. 603–618.
- PETERSEN, P.: Gemeinschaft und freies Menschentum. Die Zielforderungen der neuen Schule. Gotha 1919.
- PETERSEN, P.: Allgemeine Erziehungswissenschaft. Berlin 1924.
- PETERSEN, P.: Innere Schulreform und Neue Erziehung. Weimar 1925.
- PETERSEN, P./WOLFF, H. (Hrsg.): Eine Grundschule nach den Grundsätzen der Arbeits- und Lebensgemeinschaftsschule. Weimar 1925.
- PETERSEN, P.: Gemeinschaftsschulen und Lehrerbildung. In: Die Lebensgemeinschaftsschule (1926), S. 57–61.
- PETERSEN, P.: Der Ursprung der Pädagogik. Berlin 1931.
- PETERSEN, P.: Abbau und Verfall der akademischen Lehrerbildung in Thüringen. In: Die Neue Lehrerbildung 1 (1931/32), S. 154–158 (1932).
- PETERSEN, P.: Schulleben und Unterricht einer freien allgemeinen Volksschule nach den Grundsätzen Neuer Erziehung. Weimar 1930.
- PETERSEN, P.: Pädagogik. Berlin 1932.
- PETERSEN, P. (Hrsg.): Die Praxis der Schulen nach dem Jena-Plan. Weimar 1934 (a).
- PETERSEN, P.: Zehn Jahre Erziehungswissenschaftliche Anstalt. In: Mitteilungen der Erziehungswissenschaftlichen Anstalt, Heft 6, Weimar 1934, S. 21–27 (b).
- PETERSEN, P.: Die Lehrerbildung an der Universität Jena. In: Deutsches Bildungswesen 4 (1936), S. 20–31.
- PETERSEN, P.: Führungslehre des Unterrichts. Langensalza 1937 (a).

- PETERSEN, P.: Pädagogik der Gegenwart. Berlin 1937 (b).
- REDEKER, M.: Peter Petersen (ord. Prof. f. Erziehungswiss. an d. Univ. Jena). Pädagogik [Rezension]. In: Deutsche Literaturzeitung (1934), H. 47, Sp. 2213–2215.
- REIN, W.: Kann die Universität die Ausbildung der Volksschullehrer übernehmen? In: Neue Erziehung (1919), S. 107–110.
- REITER, H. (Hrsg.): Jenaplan-Pädagogik als Chance. Bad Heilbrunn 1993.
- REITER, H. (Hrsg.): Reformpädagogik zwischen Rekonstruktion, Kritik und Verständigung (in Vorbereitung).
- RÖHRS, H.: Die Reformpädagogik (Progressive Education) in den USA und ihr Einfluß auf die reformpädagogische Entwicklung in Deutschland. In: Pädagogische Rundschau 47 (1993), S. 3–27.
- RÜLCKER, T.: Erziehung für die Volksgemeinschaft. In: T. RÜLCKER/P. KASSNER (Hrsg.): Peter Petersen: Antimoderne als Fortschritt? Frankfurt a.M. 1992, S. 193–246.
- SCHIEFLER, G.: Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890–1920. Hamburg 1985.
- SCHOLZ, E.: Die Universitäts-Übungsschule in Jena und der Tübinger Landtag. In: Deutsche Blätter für erziehenden Unterricht 66/67 (1927), S. 54–62.
- STURM, K.F.: Eine Führungslehre des Unterrichts? In: Die Deutsche Schule 42 (1938), S. 111–113.
- TIETJEN, C.-H.: Steiner, Gerhard: Arteigenes Rechnen. P. Petersen und G. Steiner: Meine Reisenreise. Arbeitsbücher für die Grundschule. In: Die Neue Deutsche Schule 8 (1934), S. 573–574.
- ULBRICHT, J. H.: „Die Heimat als Quelle der Bildung“. Konzeption und Geschichte regional und völkisch orientierter Erwachsenenbildung in Thüringen in den Jahren 1933 bis 1945. In: Volkshochschule der Stadt Jena (Hrsg.): 75 Jahre Volkshochschule Jena. Rudolstadt 1994, S. 183–217.
- VREUGDENHIL, C.: De Führungslehre van Petersen. 2 Bde. Groningen 1992.
- WUNDT, M.: Volk, Volkstum, Volkheit. Langensalza 1927.

Archive (Abkürzungsverzeichnis)

- BAP: Bundesarchiv Abt. Potsdam
BLHA: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam
GSTPK: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
HStW: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
UJ: Universitätsarchiv Jena

Abstract

After having received a call to the University of Jena as professor of education in 1923, PETER PETERSEN, founder of the Jenaplan pedagogy, tried in vain to implement two fundamental educational reforms stemming from Socialdemocratic traditions: the comprehensive school and university teacher training for elementary teachers. Contrary to the currently promulgated view that PETERSEN had succeeded with his Jenaplan concept after 1933, the author presents evidence for a failure of the Jenaplan-School under Nazi-rule. Finally, he proposes to abandon the moral staging of present attempts to come to terms with National Socialism – characteristic of most of the critical reading of PETERSEN – and to adopt instead an approach which allows a less obstructed perspective.

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Hein Retter, TU Braunschweig, Seminar für Allgemeine Pädagogik,
Postfach 3329, Bültenweg 74/75, 38023 Braunschweig